

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 20.06.2017

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 21:15 Uhr

Ratsmitglieder:

(in Klammern verhindert)

Herr Bader
Herr Bley
Herr Dr. Blöcker
Herr Böttcher
Herr Bratmann
Herr Bratschke
Frau Buchholz
Herr Dr. Dr. Büchs
(Herr Disterheft)
Herr Dobberphul
Herr Edelmann
Frau Dr. E. Flake
Herr F. Flake
Herr Graffstedt
Frau Gries
Herr M.Hahn
Frau S. Hahn
Herr Hinrichs
Frau vom Hofe
Frau Ihbe
Frau Jalyschko
Frau Jaschinski-Gaus
Frau Johannes
(Herr Jordan)
Frau Kaphammel
Frau Keller
Herr Köster

Herr Kühn
Herr Lehmann
Herr Manlik
Herr Merfort
Herr Möller
Herr Dr. Mühlnickel
Herr Dr. Müller
Frau Mundlos
Frau Naber
Frau Ohnesorge
Frau Palm
Frau Pantazis
Herr Rosenbaum
Herr Schatta
Herr Scherf
Frau Schneider
Herr Scholze
Herr Schrader
Frau Schütze
Frau Seiffert
Herr Sommerfeld
Herr Dr. Vollbrecht
Herr Weber
Herr Wendroth
Herr Wendt
Frau Willimzig-Wilke
Herr Wirtz

Verwaltung:

Oberbürgermeister Markurth
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Ruppert
Stadtbaurat Leuer
Dezernentin Dr. Hesse
Stadträtin Dr. Hanke
Dezernent Leppa

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|--|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.05.2017 | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 4 | Anträge | |
| 4.1 | Freies WLAN durch Freifunk auf/in allen öffentlichen Gebäuden und Plätzen
Antrag der Gruppe Die Fraktion P ² | 17-04394 |
| 4.2 | Kein Kind ohne Mittagessen!
Antrag der BIBS-Fraktion | 17-04554 |
| 4.2.1 | Änderungsantrag zu TOP 4.2 Kein Kind ohne Mittagessen!
Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen | 17-04825 |
| 4.2.2 | Änderungsantrag zu TOP 4.2: Kein Kind ohne Mittagessen!
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion | 17-04828 |
| 4.2.3 | Kein Kind ohne Mittagessen!
Stellungnahme der Verwaltung | 17-04554-01 |
| 4.2.4 | Kein Kind ohne Mittagessen!
Stellungnahme der Verwaltung | 17-04554-02 |
| 4.3 | Regiekosten-Aufschläge auf die Entwässerungsgebühren
Antrag der BIBS-Fraktion | 17-04586 |
| 4.3.1 | Regiekosten-Aufschläge auf die Entwässerungsgebühren
Stellungnahme der Verwaltung | 17-04586-01 |
| 4.4 | Taxenstände am Friedrich-Wilhelm-Platz dauerhaft einrichten
Antrag der SPD-Fraktion | 17-04638 |
| 4.5 | Substanzerhaltende Grünpflege in den Ortsteilen
Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen | 17-04790 |
| 4.5.1 | Substanzerhaltende Grünpflege in den Ortsteilen
Änderungsantrag zum Antrag 17-04790
Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen | 17-04818 |
| 4.5.2 | Änderungsantrag zu 17-04818: Substanzerhaltende Grünpflege in den Ortsteilen
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion | 17-04827 |
| 4.6 | Schutz vor Terror-Anschlägen
Antrag der AfD-Fraktion | 17-04695 |
| 4.7 | Beflaggung des Großen Sitzungssaals während der Ratssitzungen der Stadt Braunschweig
Antrag der AfD-Fraktion | 17-04696 |
| 4.8 | Erarbeitung eines Konzeptes zur baulichen Neuordnung der Nebenanlagen auf dem Bienroder Weg
Antrag der SPD-Fraktion | 17-04718 |

4.8.1	Änderungsantrag zu TOP 4.8: Erarbeitung eines Konzeptes zur baulichen Neuordnung der Nebenanlagen auf dem Bienroder Weg Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	17-04831
4.9	Nutzung von Bussen mit alternativen Antriebssystemen in Braunschweig Antrag der Fraktionen CDU, SPD, BIBS	17-04719
4.10	Kontinuierliche Berichterstattung Stadtbahnausbau Antrag der CDU-Fraktion	17-04722
4.11	Weitere Zuwendungen zu den Personalkosten für die Geschäftsführung der Fraktionen und Gruppen im Rat bis zu 2 Ratsmitgliedern Antrag der Gruppe Die Fraktion P ²	17-04738
4.12	Zusätzliche Plätze für Schulkindbetreuung Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen	17-04742
4.13	Resolution: Erhalt aller Braunschweiger Sprachlernklassen Antrag der CDU-Fraktion	17-04798
4.13.1	Resolution: Sprache ist der Schlüssel zur Integration - Für gute Sprachförderung in Braunschweig. Änderungsantrag zu TOP 4.13 Änderungsantrag der SPD-Fraktion	17-04826
5	Umbesetzung im Verwaltungsausschuss und Sportausschuss	17-04785
6	Hauptsatzung der Stadt Braunschweig	17-04605
7	Berufung eines Ortsbrandmeisters und eines Stellvertretenden Ortsbrandmeisters in das Ehrenbeamtenverhältnis	17-04562
8	Verleihung der Ehrenbezeichnung Ehrenbrandmeister	17-04650
9	Verleihung der Ehrenbezeichnung Ehrenbrandmeister	17-04652
10	Neufassung der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz vor Lärm in der Stadt Braunschweig	17-04328
10.1	Neufassung der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz vor Lärm in der Stadt Braunschweig	17-04328-01
10.2	Änderungsantrag zu TOP Ö10, Vorlage - 17-04328 Änderungsantrag der AfD-Fraktion	17-04829
10.3	Änderungsantrag zu TOP Ö10, Vorlage - 17-04328 Stellungnahme der Verwaltung	17-04829-01
11	Übertragung dienstrechtlicher Entscheidungsbefugnisse im Rahmen des Niedersächsischen Nebentätigkeitsrechts auf den Verwaltungsausschuss	17-04382
12	Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst gemäß § 15 NRettDG und 7. Änderung der Regelung über die Erhebung von Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes der Stadt Braunschweig (Rettungsdiensttarifordnung)	17-04671

12.1	Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst gemäß § 15 NRettDG und 7. Änderung der Regelung über die Erhebung von Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes der Stadt Braunschweig (Rettungsdiensttarifordnung)	17-04671-01
13	Änderung der Taxentarifordnung	17-04219
14	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	17-04510
15	Haushaltsvollzug 2016 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	17-04670
16	Haushaltsvollzug 2017 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	17-04761
17	Gewährung von Zuschüssen an Sportvereine - Unterhaltung vereinseigener, gepachteter und gemieteter Sportstätten / Veränderung der Einzelansätze	17-04735
18	Neunzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung)	17-04607
19	Änderung der Allgemeinen Vertragsbestimmungen für die Kindertagesstätten der Stadt Braunschweig - Kindertagesstätten-AVB - in der vom Rat beschlossenen Fassung vom 27. Mai 2014	17-04175
20	Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2017/2018 Angebotsstruktur in der Betriebskita SieKids Ackermäuse (Siemens)	17-04527
21	Erstellung des Schulentwicklungsplans für die allgemein bildenden Schulen: Vorgehensweise und Partizipationsprozess	17-04534
21.1	Erstellung des Schulentwicklungsplans für die allgemein bildenden Schulen: Vorgehensweise und Partizipationsprozess	17-04534-01
22	Richtlinie über die Gewährung von Anerkennungsbeträgen für den Ankauf von Besetzungsrechten auf dem Privatvermietermarkt über die "Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe" und Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für die Einräumung von Belegungs- und Mietpreisbindungen an Mietwohnungen und für die Modernisierung dieser Wohnungen	17-04537
22.1	Richtlinie über die Gewährung von Anerkennungsbeträgen für den Ankauf von Besetzungsrechten auf dem Privatvermietermarkt über die "Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe" und Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für die Einräumung von Belegungs- und Mietpreisbindungen an Mietwohnungen und für die Modernisierung dieser Wohnungen	17-04537-01

22.2	Änderungsantrag zur Vorlage - 17-04537-01 Richtlinie über die Gewährung von Anerkennungsbeträgen für den Ankauf von Besetzungs-rechten auf dem Privatvermietermarkt über die "Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe" und Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für die Einräumung von Belegungs- und Mietpreisbindungen an Mietwohnungen und für die Modernisierung dieser Wohnungen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.	17-04823
23	Richtlinie für das kommunale Wohnraumförderprogramm	17-04351
24	Aufhebungssatzung für einen Teilbereich des Bebauungsplanes "Spargelstraße", HA 108, vom 15. März 1990 Stadtgebiet: Teilfläche der Taubenstraße zwischen dem Mittelweg und der östlichsten Kante des Gebäudekomplexes von BS Energy Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	17-04454
25	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Mittelweg-Südwest", HA 113 Stadtgebiet zwischen der Hamburger Straße, dem Ringgleis, dem Mittelweg und der Bebauung am Rebenring Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	17-03963
26	Bebauungsplan "Steuerung von Vergnügungsstätten in der Innenstadt", IN 250 Stadtgebiet innerhalb des Wallrings, begrenzt durch den Bosselgraben, den Gaußberg und den Wendenmühlengraben im Norden, den Theaterwall, Am Magnitor, Ritterstraße, Klint, John-F.-Kennedy-Platz im Osten, den Lessingplatz, Bruchtorwall und Kalenwall im Süden und durch den Neustadtmühlengraben im Westen Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	17-04503
27	Anträge - Fortsetzung (weitere Anträge i. S. v. § 14 Ziff. 9 Geschäftsordnung)	
27.1	Erhöhung der Sicherheit im Rathaus Antrag der AfD-Fraktion	17-04697
27.1.1	Erhöhung der Sicherheit im Rathaus Stellungnahme der Verwaltung	17-04697-01
27.2	Garten der Erinnerung (Roselies) Antrag der BIBS-Fraktion	17-04751
27.2.1	Garten der Erinnerung (Roselies) Stellungnahme der Verwaltung	17-04751-01
28	Anfragen	
28.1	Überarbeitung des Radverkehrskonzepts Anfrage der SPD-Fraktion	17-04799
28.1.1	Überarbeitung des Radverkehrskonzepts	17-04799-01
28.2	Sachstand zur Reorganisation der Hochbauverwaltung Anfrage der CDU-Fraktion	17-04800
28.2.1	Sachstand zur Reorganisation der Hochbauverwaltung	17-04800-01
28.3	Abschiebungsanordnung	17-04497

	Anfrage der AfD-Fraktion	
28.3.1	Abschiebungsanordnung	17-04497-01
28.4	Aufsuchende Sozialarbeit Anfrage der Fraktion Die Linke.	17-04796
28.4.1	Aufsuchende Sozialarbeit	17-04796-01
28.5	Unterbringung von UmA / UmFen und deren nachgezogenen Familien Anfrage der AfD-Fraktion	17-04793
28.5.1	Unterbringung von UmA / UmFen und deren nachgezogenen Familien	17-04793-01
28.6	Dringlichkeitsanfrage: "Man gönnt sich ja sonst nichts": Hofhaltung der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK) nach Gutsherren-Art? Dringlichkeitsanfrage der BIBS-Fraktion	17-04802
28.6.1	Dringlichkeitsanfrage: "Man gönnt sich ja sonst nichts": Hofhaltung der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK) nach Gutsherren-Art?	17-04802-01

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Tagesordnung den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist, der Rat damit ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Er teilt mit, dass dem Rat nach Versand der Tagesordnung noch folgende Unterlagen zugegangen sind:

Zu TOP 4.2: Änderungsanträge 17-04825 und 17-04828, Stellungnahme 17-04554-02
Zu TOP 4.5: Änderungsanträge 17-04818 und 17-04827
Zu TOP 4.8: Änderungsantrag 17-04831
Zu TOP 4.13: Änderungsantrag 17-04826
Zu TOP 10: Vorlage 17-04328-01, Änderungsantrag 17-04829, Stellungnahme 17-04829-01
Zu TOP 12: Vorlage 17-04671-01
Zu TOP 22: Änderungsantrag 17-04823
Zu TOP 27.1: Stellungnahme 17-04697-01
Zu TOP 27.2: Stellungnahme 17-04751-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass eine Dringlichkeitsanfrage der BIBS-Fraktion 17-04802 - „Mann gönnt sich ja sonst nichts“: Hofhaltung der Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz (SBK) nach Gutsherren-Art?“- vorliegt. Die Dringlichkeit wird von Ratsherrn Dr. Dr. Büchs begründet. Ratsvorsitzender Graffstedt lässt über die Dringlichkeit abstimmen und stellt fest, dass diese bei wenigen Gegenstimmen und einer Enthaltung anerkannt wird. Die Dringlichkeitsanfrage wird unter TOP 28.6 in die Tagesordnung eingefügt.

Ratsvorsitzender Graffstedt erklärt, dass in der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 9. Juni 2017 die unter TOP 4.10 (Kontinuierliche Berichterstattung Stadtbahnausbau-17-03887) und TOP 4.11 (Weitere Zuwendungen zu den Personalkosten für die Geschäftsführung der Fraktionen und Gruppen im Rat bis zu 2 Ratsmitgliedern-17-04738) genannten Anträge zurückgestellt wurden und die Beratung über diese Punkte entfällt.

Ratsvorsitzender Graffstedt erklärt weiter, dass zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung nur Punkt 30 – Mitteilungen vorgesehen ist und schriftliche Mitteilungen bisher nicht vorliegen. Er stellt fest, dass die Sitzung nach Beendigung des öffentlichen Teils geschlossen werden kann, sofern sich im Verlauf der öffentlichen Sitzung nicht noch Punkte für die nichtöffentliche Beratung ergeben.

Ratsvorsitzender Graffstedt lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:10 Uhr in die Beratung ein.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.05.2017

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 16.05.2017 wird bei 2 Enthaltungen genehmigt.

3. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

4. Anträge

- 4.1. Freies WLAN durch Freifunk auf/in allen öffentlichen Gebäuden und Plätzen** **17-04394**
Antrag der Gruppe Die Fraktion P²

Ratsherr Bley bringt den Antrag in der geänderten Fassung ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den geänderten Antrag abstimmen.

Beschluss (geändert):

Der Rat der Stadt möge beschließen:

„Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept mit **Kostenplan für freies WLAN in der gesamten Stadt Braunschweig zu erarbeiten. Freifunk ist in dem Konzept zu berücksichtigen.**“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 4.2. Kein Kind ohne Mittagessen!** **17-04554**
Antrag der BIBS-Fraktion

- 4.2.1. Änderungsantrag zu TOP 4.2 Kein Kind ohne Mittagessen!** **17-04825**
Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen

- 4.2.2. Änderungsantrag zu TOP 4.2: Kein Kind ohne Mittagessen!** **17-04828**
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion

- 4.2.3. Kein Kind ohne Mittagessen!** **17-04554-01**
Stellungnahme der Verwaltung

- 4.2.4. Kein Kind ohne Mittagessen!** **17-04554-02**
Stellungnahme der Verwaltung

Ratsvorsitzender Graffstedt verweist auf die vorliegenden Änderungsanträge. Ratsfrau Buchholz bringt den Änderungsantrag 17-04828 ein und begründet diesen. Ratsherr Bratmann bringt den Änderungsantrag 17-04825 ein, begründet diesen und erklärt, dass in dem Beschluss zusätzlich auch eine Aussage zur Essensversorgung bis zur Neukonzeption aufgenommen werden kann. In der weiteren Aussprache formuliert Ratsfrau Dr. Flake einen geänderten Beschlusstext bezüglich der Übergangszeit bis zur Neukonzeption der Essensversorgung und schlägt vor, diese Fassung in den Antrag zu übernehmen und zu beschließen. Ratsfrau Buchholz erklärt, dass der Änderungsantrag 17-04828 in der ursprünglichen Fassung aufrechterhalten bleibt. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 17-04828 und anschließend über den geänderten Änderungsantrag 17-04825 abstimmen.

Beschluss Änderungsantrag 17-04828:

„Die Verwaltung gebeten, bis spätestens Anfang 2018 die angekündigte Neukonzeption der Mittagessenversorgung an Ganztagschulen zur Beratung in Schulausschuss, Jugendhilfeausschuss, Finanz- und Personalausschuss, Verwaltungsausschuss und Rat vorzulegen.

Bei dieser Neukonzeption soll das Vergabeverfahren für Cateringleistungen zentral mit dem Ziel durchgeführt werden, eine gleichermaßen qualitativ gute und ausgewogene Mittagessenversorgung für alle beteiligten Braunschweiger Schulen zu gewährleisten.

Darüber hinaus sind in organisatorischer und rechtlicher Hinsicht die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Kinder nicht darunter leiden müssen, wenn Eltern nicht zahlungsfähig oder zahlungswillig sind.

Bis zur Neukonzeption der Mittagessenversorgung an Braunschweiger Ganztagschulen soll kein Kind von Seiten der Schule vom Schulessen ausgeschlossen und dadurch stigmatisiert werden.

Zudem wird die Verwaltung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass auch im Rahmen der Kita-Betreuung kein Kind vom Essen ausgeschlossen wird.“

Abstimmungsergebnis:

bei 8 Fürstimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt

Beschluss Änderungsantrag 17-04825 (geändert):

„Die Verwaltung wird gebeten, bis spätestens Anfang 2018 die angekündigte Neukonzeption der Mittagessenversorgung an Ganztagschulen zur Beratung in Schulausschuss, Jugendhilfeausschuss, Finanz- und Personalausschuss, Verwaltungsausschuss und Rat vorzulegen.

Bei dieser Neukonzeption soll das Vergabeverfahren für Cateringleistungen zentral mit dem Ziel durchgeführt werden, eine gleichermaßen qualitativ gute und ausgewogene Mittagessenversorgung für alle beteiligten Braunschweiger Schulen zu gewährleisten.

Darüber hinaus sind in organisatorischer und rechtlicher Hinsicht die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Kinder nicht darunter leiden müssen, wenn Eltern nicht zahlungsfähig oder zahlungswillig sind.

Bis zur Neukonzeption der Mittagessenversorgung an Braunschweiger Ganztagschulen sollte versucht werden, kein Kind von Seiten der Schule vom Schulessen auszuschließen und dadurch zu stigmatisieren.

Zudem wird die Verwaltung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass auch im Rahmen der Kita-Betreuung kein Kind vom Essen ausgeschlossen wird.“

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Enthaltungen beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 17-04554-01 wird zur Kenntnis genommen.

Die Stellungnahme 17-04554-02 wird zur Kenntnis genommen.

4.3. Regiekosten-Aufschläge auf die Entwässerungsgebühren 17-04586
Antrag der BIBS-Fraktion

4.3.1. Regiekosten-Aufschläge auf die Entwässerungsgebühren 17-04586-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ratsherr Rosenbaum bringt den Antrag ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

„Von pauschalen Aufschlägen auf die Investitionskosten wird zukünftig abgesehen. Eigenleistungen des vertraglichen Dienstleisters werden nur noch anerkannt, wenn sie

1. im Einzelnen nachgewiesen werden, und
2. als 'aktivierbar' dem Gebührenhaushalt - und damit zu Lasten des Gebührenzahlers - zweifelsfrei zuzuordnen sind.“

Abstimmungsergebnis:

bei 6 Fürstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt

Ergebnis:

Die Stellungnahme 17-04586-01 wird zur Kenntnis genommen.

**4.4. Taxenstände am Friedrich-Wilhelm-Platz dauerhaft einrichten
Antrag der SPD-Fraktion**

17-04638

Bürgermeisterin Ihbe bringt den Antrag in der auf Empfehlung des Wirtschaftsausschusses geänderten Fassung ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den geänderten Antrag abstimmen.

Beschluss (geändert):

„Die Verwaltung wird gebeten, die am Friedrich-Wilhelm-Platz zunächst probeweise von 22 Uhr bis 6 Uhr eingerichteten Taxenstände nach der Erprobungsphase von Juni 2016 bis Juni 2017 nun dauerhaft einzurichten. Dabei sollen die Taxenstände samstags ganztägig eingerichtet werden (von Samstag 6 Uhr bis Sonntag 6 Uhr). **Bei Veranstaltungen auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz sollen die Taxenstellplätze verlagert werden können.**“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**4.5. Substanzerhaltende Grünpflege in den Ortsteilen
Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen**

17-04790

**4.5.1. Substanzerhaltende Grünpflege in den Ortsteilen
Änderungsantrag zum Antrag 17-04790
Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen**

17-04818

**4.5.2. Änderungsantrag zu 17-04818: Substanzerhaltende Grünpflege in den Ortsteilen
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion**

17-04827

Ratsvorsitzender Graffstedt verweist auf die vorliegenden Änderungsanträge und stellt die geänderte Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses dar, die den Beschlusstext des Änderungsantrages 17-04818 entspricht. Ratsfrau Mundlos und Ratsherr Dr. Mühlwinkel bringen den Änderungsantrag 17-04818 ein und begründen diesen. Ratsherr Dr. Dr. Büchs bringt den Änderungsantrag 17-04827 ein und begründet diesen. In der weiteren Aussprache beantragt Ratsfrau Schneider getrennte Abstimmung über Satz 1 unter Ziffer 1. Nach weiterer Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst den Änderungsantrag 17-04827 zur Abstimmung. Anschließend lässt er über den Änderungsantrag 17-04818 getrennt in die Sätze 1, 2 und 3 der Ziff.1 sowie die Ziffern 2 und 3 abstimmen.

Beschluss Änderungsantrag 17-04827:

„1. Die Verwaltung wird gebeten, zu den Haushaltsberatungen 2018 die notwendigen Maßnahmen inklusive Kosten zu benennen und in einer Vorlage den Gremien vorzulegen, wie die mit dem Haushaltsplan 2002 beschlossene Absenkung des Pflegestandards in 22 Ortsteilen sowie vier Gewerbegebieten wirksam aufgehoben werden kann. Die in den Ratsbeschlüssen vom 16.5.2017 (Ds. 17-0299) und vom 21.2.2017 (Ds. 17-03879) vorgesehenen Maßnahmen werden dabei berücksichtigt.“

2. unverändert.

3. unverändert.

Abstimmungsergebnis:

bei Fürstimmen abgelehnt

Beschluss Änderungsantrag 17-04818:

„1. Die mit dem Haushaltsplan 2002 beschlossene Absenkung des Pflegestandards in 22 Ortsteilen sowie vier Gewerbegebieten wird aufgehoben. Dazu werden ab dem Jahr 2018 für den Fachbereich 67 zusätzlich 234.000€ im Haushaltsplan bereitgestellt. Analog zu den Ausgaben vor 2002 sollen sich diese in ca. 62% Personal- und ca. 38% Sachkosten aufteilen.

2. Die Verwaltung wird gebeten, zur nächstmöglichen Sitzung des Grünflächenausschusses

einen Stufenplan (Konzept) vorzulegen, um den Substanzverlust der in der Stellungnahme 17-04406-1 genannten verlorengegangenen 800 Bäume im Laufe der nächsten fünf Jahre auszugleichen. Gleichzeitig wird die Verwaltung gebeten, die damit verbundenen Kosten zu benennen.

3. Die Verwaltung wird gebeten, zur nächstmöglichen Sitzung des Grünflächenausschusses einen Stufenplan vorzulegen, um den Substanzverlust der in der Stellungnahme 17-04406-1 genannten Sträucher und Bodendecker auszugleichen. Gleichzeitig wird die Verwaltung gebeten, die damit verbundenen Kosten zu benennen.“

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung:

Ziff. 1. Satz 1: bei 1 Enthaltung beschlossen

Ziff. 1. Satz 2: bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen

Ziff. 1. Satz 3: bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen

Ziff. 2.: bei 1 Gegenstimme beschlossen

Ziff. 3.: einstimmig beschlossen

4.6. Schutz vor Terror-Anschlägen

17-04695

Antrag der AfD-Fraktion

Ratsherr Wirtz bringt den Antrag ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

„Die Verwaltung möge eine Kosten- und Bauplanung erstellen, mittels der die Fahrbahnen des Bohlwegs an den Außenseiten mit Pollern oder ähnlichen geeigneten Maßnahmen gegen den Schlossplatz, das Schlosscarree und zur Einkaufsmeile hin abgegrenzt werden und somit diese großflächigen Fußgängerbereiche zumindest vor Pkw-Anschlägen und Amokfahrten geschützt sind.“

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Fürstimmen abgelehnt

4.7. Beflaggung des Großen Sitzungssaals während der Ratssitzungen der Stadt Braunschweig

17-04696

Antrag der AfD-Fraktion

Ratsherr Wirtz bringt den Antrag ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

„Die Verwaltung wird damit beauftragt, während der Sitzungen des Rates der Stadt Braunschweig, zukünftig die Flaggen der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Niedersachsen sowie der Stadt Braunschweig im Großen Sitzungssaal des Rathauses aufzustellen und zu präsentieren.“

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Fürstimmen abgelehnt

Um 16:15 Uhr unterbricht Ratsvorsitzender Graffstedt die Sitzung für eine Pause. Die Sitzung wird um 16:50 Uhr unter Leitung der stellvertretenden Ratsvorsitzenden Naber fortgesetzt.

- 4.8. Erarbeitung eines Konzeptes zur baulichen Neuordnung der Nebenanlagen auf dem Bienroder Weg** **17-04718**
Antrag der SPD-Fraktion
- 4.8.1. Änderungsantrag zu TOP 4.8: Erarbeitung eines Konzeptes zur baulichen Neuordnung der Nebenanlagen auf dem Bienroder Weg** **17-04831**
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion

Ratsherr Scholze und Ratsherr Dr. Dr. Büchs bringen den Antrag 17-04718 bzw. den Änderungsantrag 17-04831 ihrer Fraktionen ein und begründen diese. In der weiteren Aussprache wird vorgeschlagen, dass bei der Erarbeitung des Konzeptes der Erhalt der Straßenbäume vorgesehen werden sollte. Nach Aussprache stellt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber fest, dass der letzte Satz des Änderungsantrages entsprechend des Vorschlages geändert wird und lässt anschließend über den geänderten Änderungsantrag 17-04831 abstimmen.

Beschluss (geändert):

„Die Verwaltung wird gebeten, für den Bienroder Weg (einschließlich des Restabschnittes des Büldenweges zwischen dem Kloster Albertus Magnus und dem Beginn des Bienroder Weg) ein Konzept zur Neuordnung der Nebenanlagen (Fuß- und Radverkehr) zu erarbeiten. Hierbei soll auch eine Kostenermittlung für einen möglichen auf Basis des Konzeptes zu realisierenden Umbau der Nebenanlagen durchgeführt werden.

Bei dem Konzept sollte der Erhalt der vorhandenen Straßenbäume vorgesehen werden.“

Abstimmungsergebnis:

bei 4 Enthaltungen beschlossen

- 4.9. Nutzung von Bussen mit alternativen Antriebssystemen in Braunschweig** **17-04719**
Antrag der Fraktionen CDU, SPD, BIBS

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber weist auf die geänderte Beschlussempfehlung zu diesem Antrag hin. Ratsherr Manlik, Ratsfrau Palm und Ratsherr Dr. Dr. Büchs bringen den Antrag ein und begründen diesen. In der weiteren Aussprache beantragt Ratsfrau Schneider getrennte Abstimmung über die Absätze 1 und 2 des Beschlusstextes. Nach Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber zunächst über Absatz 1 und anschließend über Absatz 2 des Beschlusstextes abstimmen.

Beschluss (geändert):

„Die Verwaltung wird gebeten, in Zusammenarbeit mit verschiedenen im Bereich der alternativen Antriebstechniken tätigen Forschungseinrichtungen eine Ermittlung der bis 2030 möglichen serienreifen Antriebssysteme für Busse im ÖPNV durchzuführen und den Ratsgremien vorzustellen.

Auf Basis dieser Ermittlungen möge die Verkehrs-GmbH ein Konzept erstellen, das parallel zu den Planungen zum Stadtbahnausbaukonzept Stadt-Bahn-Plus die Umstellung des Busverkehrs auf die für die Serienproduktion geeigneten Antriebstechniken bis zum Jahr 2030 vorsieht bzw. aus dem ersichtlich wird, welche Strecken(abschnitte) für eine Umstellung auf derartige Busse im Sinne einer erhöhten CO2-Einsparung in Frage kommen.“

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung der einzelnen Absätze:

Absatz 1: einstimmig geändert beschlossen

Absatz 2: bei Gegenstimmen beschlossen

**4.10. Kontinuierliche Berichterstattung Stadtbahnausbau
Antrag der CDU-Fraktion**

17-04722

Ergebnis:

Der Antrag 17-04722 wurde in der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 9. Juni 2017 zurückgestellt. Eine Beratung hierüber entfällt.

**4.11. Weitere Zuwendungen zu den Personalkosten für die Geschäftsführung der Fraktionen und Gruppen im Rat bis zu 2 Ratsmitgliedern
Antrag der Gruppe Die Fraktion P²**

17-04738

Ergebnis:

Der Antrag 17-04738 wurde in der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 9. Juni 2017 zurückgestellt. Eine Beratung hierüber entfällt.

**4.12. Zusätzliche Plätze für Schulkindbetreuung
Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen**

17-04742

Ratsfrau Dr. Flake und Ratsherr Bratmann bringen den Antrag ein und begründen diesen. Nach Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

- „1. Zusätzlich zu den bereits vom Rat am 16. Mai 2017 beschlossenen Plätzen werden nach Möglichkeit zum Schuljahr 2017/2018, spätestens aber zum 1. Februar 2018 an der Grundschule Volkmarode eine Schulkindbetreuungsgruppe bis 16 Uhr (20 Plätze) und an der Grundschule Meverode eine kleine Gruppe bis 16 Uhr (12 Plätze) eingerichtet.
2. Sollte sich herausstellen, dass die Räume für schulische Zwecke in kommenden Schuljahren benötigt werden, sind bis dahin andere Räumlichkeiten für die Schulkindbetreuung bzw. die rein schulische Nutzung zu finden.
3. An beiden Schulen wird angestrebt, schnellstmöglich eine Umwandlung in eine kooperative Ganztagsgrundschule vorzunehmen.
4. Die zusätzlichen 32 Betreuungsplätze in der Schulkindbetreuung werden aus Mitteln aus dem Haushaltsjahr 2016 finanziert, die übertragen werden können. Die Auswirkungen auf die folgenden Haushaltsjahre sind über entsprechende Haushaltsbeschlüsse zum Haushaltsjahr 2018 ff. abzudecken.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**4.13. Resolution: Erhalt aller Braunschweiger Sprachlernklassen
Antrag der CDU-Fraktion**

17-04798

**4.13.1. Resolution: Sprache ist der Schlüssel zur Integration - Für gute Sprachförderung in Braunschweig. Änderungsantrag zu TOP 4.13
Änderungsantrag der SPD-Fraktion**

17-04826

Ratsherr Schatta und Ratsfrau Pantazis bringen den Antrag bzw. den Änderungsantrag ihrer Fraktionen ein und begründen diese. Nach Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber über den Änderungsantrag 17-04826 abstimmen. Sie stellt anschließend fest, dass damit der Punkt abgeschlossen ist und keine weitere Abstimmung erfolgt.

Beschluss:

„Der Rat der Stadt Braunschweig spricht sich dafür aus, dass der Sprachlernunterricht an Braunschweiger Schulen weiterhin personell so ausgestattet ist, dass die Sprachlernangebote bedarfsgerecht erfolgen können und Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund bestmöglich beim Erwerb der deutschen Sprache unterstützt werden können.“

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen

Nach der Behandlung von TOP 4 findet von 18:04 Uhr bis 18:12 Uhr die Einwohnerfragestunde statt. Anschließend wird die Behandlung der Tagesordnung mit der Beratung von TOP 5 fortgesetzt.

5. Umbesetzung im Verwaltungsausschuss und Sportausschuss 17-04785

Beschluss:

„1. Verwaltungsausschuss

Der bisherige Stellvertreter Ratsherr Peter Rosenbaum wird Beigeordneter. Der bisherige Beigeordnete Ratsherr Dr. Dr. Büchs wird Stellvertreter.

2. Sportausschuss

Der bisherige Stellvertreter Ratsherr Dr. Dr. Büchs wird Ausschussmitglied. Das bisherige Ausschussmitglied Ratsherr Peter Rosenbaum wird Stellvertreter.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

6. Hauptsatzung der Stadt Braunschweig 17-04605

Beschluss:

„Die als Anlage 1 beigefügte Vierte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig wird beschlossen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Hauptsatzung bekannt zu machen und ggf. notwendige redaktionelle Änderungen vorzunehmen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7. Berufung eines Ortsbrandmeisters und eines Stellvertretenden Ortsbrandmeisters in das Ehrenbeamtenverhältnis 17-04562

Beschluss:

„Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

lfd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Völkenrode	Ortsbrandmeister	Rusch, Gordon
2	Völkenrode	Stellv. Ortsbrandmeister	Büchner, Christian“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

8. Verleihung der Ehrenbezeichnung Ehrenbrandmeister 17-04650

Beschluss:

„Der Verleihung der Ehrenbezeichnung Ehrenbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr an Herrn Harald Herr in Anerkennung besonderer Verdienste um das Feuerlöschwesen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

9. Verleihung der Ehrenbezeichnung Ehrenbrandmeister 17-04652

Beschluss:

„Der Verleihung der Ehrenbezeichnung Ehrenbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr an Herrn Wolfgang Schulz in Anerkennung besonderer Verdienste um das Feuerlöschwesen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- | | |
|--|--------------------|
| 10. Neufassung der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz vor Lärm in der Stadt Braunschweig | 17-04328 |
| 10.1. Neufassung der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz vor Lärm in der Stadt Braunschweig | 17-04328-01 |
| 10.2. Änderungsantrag zu TOP Ö10, Vorlage - 17-04328
Änderungsantrag der AfD-Fraktion | 17-04829 |
| 10.3. Änderungsantrag zu TOP Ö10, Vorlage - 17-04328
Stellungnahme der Verwaltung | 17-04829-01 |

Ratsherr Wirtz bringt den Änderungsantrag 17-04829 ein, begründet diesen und erklärt, dass die beantragte Änderung zu § 4 der Satzung zurückgezogen wird. Anschließend lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber zunächst über den geänderten Änderungsantrag abstimmen. Danach stellt sie die Vorlage in der Fassung der Ergänzung 17-04328-01 zur Abstimmung.

Beschluss Änderungsantrag 17-04829 (geändert)

„Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen:

den Satz (1) des §6 in seiner bisherigen Form beizubehalten (Sorgfaltspflicht der Hundebesitzer)

in §6, Satz (2) ein Betretungsverbot für Hunde für "die historischen Friedhöfe „St.Petri-Friedhof“, „Ehemaliger Friedhof der St.Martini-Gemeinde“, „St.-Ulrici-Brüdern-Friedhof" und „St.-Nicolai-Friedhof" nicht zu verhängen;

den Paragraphen 13 zur Überarbeitung an die Verwaltung zurückzuweisen mit dem Auftrag, für die Ordnungswidrigkeiten nach Abs. 1 und 2 jeweils einen Bußgeldkatalog mit angemessenen Geldbußen für die genannten Verstöße anzufertigen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Fürstimmen geändert abgelehnt

Beschluss Vorlage 17-04328-01:

„Die Neufassung der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz vor Lärm in der Stadt Braunschweig wird mit der in der Anlage beigefügten geänderten Anlage i beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Gegenstimmen beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 17-04829-01 wird zur Kenntnis genommen.

- | | |
|---|-----------------|
| 11. Übertragung dienstrechtlicher Entscheidungsbefugnisse im Rahmen des Niedersächsischen Nebentätigkeitsrechts auf den Verwaltungsausschuss | 17-04382 |
|---|-----------------|

Nach Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

„Dem Verwaltungsausschuss wird die Befugnis über Entscheidungen bei Angelegenheiten des Oberbürgermeisters im Rahmen des Niedersächsischen Nebentätigkeitsrechts übertragen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen beschlossen

- 12. Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst gemäß § 15 NRettdG und 7. Änderung der Regelung über die Erhebung von Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes der Stadt Braunschweig (Rettungsdiensttarifordnung) 17-04671**

- 12.1. Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst gemäß § 15 NRettdG und 7. Änderung der Regelung über die Erhebung von Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes der Stadt Braunschweig (Rettungsdiensttarifordnung) 17-04671-01**

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber stellt die Vorlage in der Fassung der Ergänzung 17-04671-01 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Der beigefügten 7. Änderung der Regelung über die Erhebung von Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes der Stadt Braunschweig (Rettungsdiensttarifordnung) wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 13. Änderung der Taxentarifordnung 17-04219**

Beschluss:

„Die als Anlage 1 beigefügte Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Gelegenheitsverkehr mit Taxen in der Stadt Braunschweig - Taxentarifordnung wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 14. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € 17-04510**

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 15. Haushaltsvollzug 2016 17-04670**
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NkomVG

Nach Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NkomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

bei 6 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen beschlossen

Um 18:45 Uhr unterbricht Ratsvorsitzender Graffstedt die Sitzung für eine Pause. Die Sitzung wird um 19:00 Uhr unter Leitung des stellvertretenden Ratsvorsitzenden Edelmann fortgesetzt.

- 16. Haushaltsvollzug 2017** **17-04761**
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 17. Gewährung von Zuschüssen an Sportvereine - Unterhaltung vereinseigener, gepachteter und gemieteter Sportstätten / Veränderung der Einzelansätze** **17-04735**

In der Aussprache beantragen Ratsherr Dr. Dr. Büchs und Ratsherr Sommerfeld getrennte Abstimmung über die im Beschlusstext genannten Einzelansätze. Nach der Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann getrennt über die Einzelansätze abstimmen.

Beschluss:

„Die nachfolgend aufgeführten Einzelansätze für Zuschüsse zu den Unterhaltungs- und Betriebskosten für Sportstätteninfrastrukturelemente

- Outdoor Kletter- und Boulderpark	8.000,00 €
und	
- Rasensportverein Braunschweig von 1928 e. V.	
für 2017	2.100,00 €
für die Jahre 2018-2020 jeweils	2.900,00 €
für die Jahre 2021-2023 jeweils	3.200,00 €

werden erstmalig im Jahr 2017 neu aufgenommen und der Einzelansatz für Golfsportanlagen wird ab dem Jahr 2017 erhöht auf 25.000,00 €."

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung über die Einzelansätze:

- Outdoor Kletter- und Boulderpark: einstimmig beschlossen
- Rasensportverein Braunschweig von 1928 e. V.: bei 1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen beschlossen
- Golfsportanlagen: bei 6 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen beschlossen

- 18. Neunzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung)** **17-04607**

Beschluss:

„Die Neunzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung) in der als Anlage 1 beigefügten Fassung wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

19. Änderung der Allgemeinen Vertragsbestimmungen für die Kindertagesstätten der Stadt Braunschweig - Kindertagesstätten-AVB - in der vom Rat beschlossenen Fassung vom 27. Mai 2014 **17-04175**

In der Aussprache beantragt Ratsfrau Keller getrennte Abstimmung über die Ziffern 1 und 2. Nach der Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann zunächst über Ziff. 1 und anschließend über Ziff. 2 des Beschlusstextes abstimmen.

Beschluss:

„Die Allgemeinen Vertragsbestimmungen für die Kindertagesstätten der Stadt Braunschweig - Kindertagesstätten-AVB - in der vom Rat beschlossenen Fassung vom 27. Mai 2014 werden wie folgt geändert:

1. § 4 Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

Die Erziehungsberechtigten müssen rechtzeitig vor Aufnahme des Kindes

- a) den unterschriebenen Aufnahmeantrag,
- b) einen Nachweis über die erfolgte Impfberatung (Impfpass, Vorsorgeuntersuchungsheft, ärztliche Bescheinigung),
- c) die für die Ermittlung des Kindertagesstätten-Entgelts erforderlichen Unterlagen,
- d) die Ermächtigung zum Einzug im Lastschrifteinzugsverfahren vorlegen.

2. § 8 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

(1) Die Kindertagesstätten werden in der Regel

- während der Sommerferien für die Dauer von drei Wochen,
- an den Tagen zwischen Weihnachten und Neujahr und
- für bis zu vier Tage im Jahr für Zwecke der Aus- und Fortbildung geschlossen.

Die Schließungstermine werden den Erziehungsberechtigten rechtzeitig bekanntgegeben.“

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung der beiden Ziffern:

Ziffer 1: einstimmig beschlossen

Ziffer 2: bei Enthaltungen beschlossen

20. Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungs Bereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2017/2018 Angebotsstruktur in der Betriebskita SieKids Ackermäuse (Sie-mens) **17-04527**

Beschluss:

„1. Ab dem Kindergartenjahr 2018/2019 wird die Gruppenstruktur in der Betriebskindertagesstätte SieKids Ackermäuse den Betreuungsbedarfen angepasst und eine Krippengruppe dauerhaft in eine Kindergartengruppe umgewandelt.

2. Zur Berücksichtigung aktueller Betreuungsbedarfe aus dem Unternehmen wird für das Kindergartenjahr 2017/2018 eine nicht von der Stadt Braunschweig geförderte kleine Kindergartengruppe eingerichtet.

3. Ab dem Kindergartenjahr 2018/2019 wird die kleine Kindergartengruppe im Rahmen der

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 21. Erstellung des Schulentwicklungsplans für die allgemein bildenden Schulen: Vorgehensweise und Partizipationsprozess 17-04534**

- 21.1. Erstellung des Schulentwicklungsplans für die allgemein bildenden Schulen: Vorgehensweise und Partizipationsprozess 17-04534-01**

In der Aussprache beantragt Ratsherr Wirtz getrennte Abstimmung über die Beschlusspunkte. Nach der Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann getrennt über die Ziffern 1., 2. und 3. des Beschlusstextes der Vorlage 17-04534-01 abstimmen.

Beschluss:

„1. Die Vorgehensweise der Verwaltung, den Schulentwicklungsplan für die allgemein bildenden Schulen (SEP) auf Basis eines umfangreichen partizipativen Verfahrens zu erstellen, wird befürwortet.

2. Die Erstellung des Schulentwicklungsplans für die allgemein bildenden Schulen (SEP) wird als kontinuierlicher und dauerhafter Prozess gesehen. Hierzu wird eine Arbeitsgruppe SEP eingerichtet, der neben der Fachverwaltung jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter aus dem Schulausschuss und dem Jugendhilfeausschuss aller Ratsfraktionen sowie je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Erziehungsberechtigten, der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte aus dem Schulausschuss angehören.

3. Die in der Anlage dargestellten Punkte im Themenkatalog werden in den nächsten Monaten öffentlich diskutiert und erste Ergebnisse werden voraussichtlich im Rahmen des Gremienlaufes dem Rat zum Beschluss am 7.11.2017 vorgelegt.“

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung der einzelnen Ziffern:

Ziffer 1: einstimmig beschlossen

Ziffer 2: einstimmig beschlossen

Ziffer 3: bei 5 Enthaltungen beschlossen

- 22. Richtlinie über die Gewährung von Anerkennungsbeträgen für den Ankauf von Besetzungsrechten auf dem Privatvermietermarkt über die "Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe" und Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für die Einräumung von Belegungs- und Mietpreisbindungen an Mietwohnungen und für die Modernisierung dieser Wohnungen 17-04537**

- 22.1. Richtlinie über die Gewährung von Anerkennungsbeträgen für den Ankauf von Besetzungsrechten auf dem Privatvermietermarkt über die "Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe" und Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für die Einräumung von Belegungs- und Mietpreisbindungen an Mietwohnungen und für die Modernisierung dieser Wohnungen 17-04537-01**

- 22.2. Änderungsantrag zur Vorlage - 17-04537-01 17-04823**
Richtlinie über die Gewährung von Anerkennungsbeträgen für den Ankauf von Besetzungsrechten auf dem Privatvermietermarkt über die "Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe" und Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für die Einräumung von Belegungs- und Mietpreisbindungen an Mietwohnungen und für die Modernisierung dieser Wohnungen
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Zu Beginn der Aussprache bringt Ratsfrau Ohnesorge den Änderungsantrag 17-04823 ein und begründet diesen. Nach der Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edel-

mann über den Änderungsantrag zur Vorlage abstimmen.

Beschluss:

„1. Die Richtlinie über die Gewährung von Anerkennungsbeiträgen für den Ankauf von Besetzungsrechten auf dem Privatvermietermarkt über die „Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe“ und die Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für die Einräumung von Belegungs- und Mietpreisbindungen an Mietwohnungen und für die Modernisierung dieser Wohnungen werden in der in der Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Dabei wird - zusammen mit anderen Maßnahmen außerhalb dieser Richtlinie - über die zehnjährigen Besetzungsrechte angestrebt, mindestens 50 Probewohneinheiten pro Jahr zu errichten.

2. Die zu ihrer Umsetzung erforderlichen Haushaltsmittel sind bereitzustellen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 1 Enthaltung beschlossen

23. Richtlinie für das kommunale Wohnraumförderprogramm

17-04351

Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

„1. Die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums“ im Rahmen des vom Rat verabschiedeten Handlungskonzepts für bezahlbaren Wohnraum in Braunschweig wird beschlossen.

2. Die Richtlinie tritt mit Bekanntmachung im Amtsblatt in Kraft.

3. Mit Inkrafttreten dieser Richtlinie treten bisherige städtische Richtlinien zur Wohnbauförderung außer Kraft.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

24. Aufhebungssatzung für einen Teilbereich des Bebauungsplanes

17-04454

"Spargelstraße", HA 108, vom 15. März 1990

Stadtgebiet: Teilfläche der Taubenstraße zwischen dem Mittelweg und der östlichsten Kante des Gebäudekomplexes von BS|Energy

Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss

Beschluss:

„1. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und sonstiger Stellen sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen 4 und 5 zu behandeln.

2. Die Teilaufhebungssatzung für den Bebauungsplan „Spargelstraße“, HA 108, vom 15. März 1990 wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.

3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 25. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Mittelweg-Südwest", HA 113 17-03963**
Stadtgebiet zwischen der Hamburger Straße, dem Ringgleis, dem Mittelweg und der Bebauung am Rebenring
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss

Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

- „1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen 6 und 7 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Mittelweg-Südwest“, HA 113, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Gegenstimmen beschlossen

- 26. Bebauungsplan "Steuerung von Vergnügungsstätten in der Innenstadt", IN 250 17-04503**
Stadtgebiet innerhalb des Wallrings, begrenzt durch den Bosselgraben, den Gaußberg und den Wendenmühlengraben im Norden, den Theaterwall, Am Magnitor, Ritterstraße, Klint, John-F.-Kennedy-Platz im Osten, den Lessingplatz, Bruchtorwall und Kalenwall im Süden und durch den Neustadtmühlengraben im Westen
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss

Beschluss:

- „1. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangene Stellungnahme ist entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung gemäß der Anlage 6 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan „Steuerung von Vergnügungsstätten in der Innenstadt“, IN 250, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 27. Anträge - Fortsetzung**
(weitere Anträge i. S. v. § 14 Ziff. 9 Geschäftsordnung)

- 27.1. Erhöhung der Sicherheit im Rathaus 17-04697**
Antrag der AfD-Fraktion

- 27.1.1. Erhöhung der Sicherheit im Rathaus 17-04697-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Ratsherr Wirtz bringt den Antrag ein, begründet diesen und erklärt abschließend, dass der Antrag zurückgezogen wird.

Ergebnis:

Der Antrag 17-04697 wird vom Antragsteller zurückgezogen.
Die Stellungnahme 17-04697-01 wird zur Kenntnis genommen.

27.2. Garten der Erinnerung (Roselies) **17-04751**
Antrag der BIBS-Fraktion

27.2.1. Garten der Erinnerung (Roselies) **17-04751-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Ratsherr Rosenbaum bringt den Antrag ein, begründet diesen und erklärt, dass der Antrag zurückgezogen wird.

Ergebnis:

Der Antrag 17-04751 wird vom Antragsteller zurückgezogen.
Die Stellungnahme 17-04751-01 wird zur Kenntnis genommen.

28. Anfragen

Die Anfragen werden von 20:26 Uhr bis 20:55 Uhr behandelt. Im Anschluss daran wird die Dringlichkeitsanfrage beantwortet.

Ratsvorsitzender Graffstedt übernimmt die Sitzungsleitung.

28.1. Überarbeitung des Radverkehrskonzepts **17-04799**
Anfrage der SPD-Fraktion

28.1.1. Überarbeitung des Radverkehrskonzepts **17-04799-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 17-04799-01).

28.2. Sachstand zur Reorganisation der Hochbauverwaltung **17-04800**
Anfrage der CDU-Fraktion

28.2.1. Sachstand zur Reorganisation der Hochbauverwaltung **17-04800-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtrat Ruppert (Stellungnahme 17-04800-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

28.3. Abschiebungsanordnung **17-04497**
Anfrage der AfD-Fraktion

28.3.1. Abschiebungsanordnung **17-04497-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtrat Ruppert (Stellungnahme 17-04497-01).

28.4. Aufsuchende Sozialarbeit **17-04796**
Anfrage der Fraktion Die Linke.

28.4.1. Aufsuchende Sozialarbeit **17-04796-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Hanke (Stellungnahme 17-04796-01).

28.5. Unterbringung von UmA / UmFen und deren nachgezogenen Familien **17-04793**
Anfrage der AfD-Fraktion

28.5.1. Unterbringung von UmA / UmFen und deren nachgezogenen Familien **17-04793-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Hanke (Stellungnahme 17-04793-01).

- 28.6. Dringlichkeitsanfrage: "Man gönnt sich ja sonst nichts": Hofhaltung der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK) nach Gutsherren-Art? 17-04802**
Dringlichkeitsanfrage der BIBS-Fraktion
- 28.6.1.Dringlichkeitsanfrage: "Man gönnt sich ja sonst nichts": Hofhaltung der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK) nach Gutsherren-Art? 17-04802-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Oberbürgermeister Markurth (Stellungnahme 17-04802-01).
Zusatzfragen werden beantwortet.

gez.

Markurth
Oberbürgermeister

gez.

Graffstedt
Ratsvorsitzender

gez.

Geppert
Protokollführerin